

## **Wer müsste die Veruntreuung von Milliarden Euro Steuergeldern verhindern?**

RA Dr. Eisenhart von Loeper, Aktionsbündnis gegen „Stuttgart 21“ - 13.05.2014

1. *Machtzentrale der Bundesregierung ist das Kanzleramt* mit Ex-Chef Pofalla  
BReg. hat nachweisbar bei S 21 den Vorstand und Aufsichtsrat der DB - AG durch Pofalla zum Weiterbau-Beschluss vom 5.03.2013 genötigt - trotz eingestandener Unwirtschaftlichkeit
  - Solches Verhalten ist rechtsstaatlich und strafrechtlich untragbar - die vorliegende „Antwort“ der Bundesregierung mogelt sich daran vorbei
2. *Die Justiz als Hüter des Rechts* muss - nach Mappus, Hoeness, Deubel und Elbphilharmonie - Zähne zeigen: Die Generalstaatsanwaltschaft Berlin muss jetzt die Aufnahme der strafrechtlichen Ermittlungen einleiten gegen die Bahnchefs und damit auch gegen Pofalla
  - Der bisherige Gegeneinwand - „plausible“ Berechnungen der bahnseitigen PwC würden die Bahn entlasten - wäre Rechtsbeugung
3. *Die Antwort der Bürgerschaft - des Souveräns* - sind die aktuellen Bürgerbegehren. Soll der Rechtsstaat nicht schwersten Schaden nehmen, muss „das Volk“ das Versagen der Politik und ggfs. der Justiz bewusst machen und korrigierend eingreifen.
  - Die Bundesregierung mogelt sich in ihrer „Antwort“ darüber hinweg, dass auch nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Stuttgart die Geschäftsgrundlage der Projektverträge entfallen ist - wegen der Kostenexplosion, erst recht wegen des illegalen Leistungsrückbaus durch S 21.